

Grottkauer Kreisblatt

Stück 4

Grottkau, den 26. Januar 1935

Jahrg. 1935

Erscheinungsweise: Erscheint wöchentlich einmal. Bezugspreis für den Monat 35 Pfsg. Einzelnummern sind in der Buchhandlung Ring 1, Grottkau erhältlich. Fernsprecher 84. Postfachkonto Breslau 20416.

18.

Zum Schöpfen der Gemeinde Seiffersdorf bei Ottmachau ist der Bauer Paul Punde daselbst berufen worden.

Grottkau, den 15. Januar 1935.
Der Landrat.

19.

Durch Beschluß der Sicherungsstelle bei der Landstelle vom 17. Januar 1935 ist das Sicherungsverfahren für den Betriebsinhaber Karl Heider in Groß-Briesen aufgehoben worden.

Grottkau, den 21. Januar 1935.
Der Landrat.

20.

Die neue Reichsstraße Nr. 120 Schönwitz—Salkenberg—Bösdorf führt auch durch die Ortschaften Mogwitz und Hennersdorf hiesigen Kreises. In den genannten Ortschaften liegen in der Zeit vom 27. Januar bis 9. Februar 1935 die Straßenbaupläne zu jedermanns Einsicht im Gemeindebüro aus. Einsprüche gegen den geplanten Entwurf sind innerhalb der gestellten Frist direkt an das Landesbauamt in Oppeln zu richten.

Grottkau, den 18. Januar 1935.
Der Landrat.

21.

Betrifft: Verwendungszwang für Kartoffelstärkemehl zur Herstellung von Backwaren.

Den Ortspolizeibehörden wird die Ueberwachung der Durchführung der Verordnung, welche die Beimischung von Kartoffelstärkemehl bei der Herstellung von Backwaren vorschreibt, erneut zur Pflicht gemacht. Auf meine den Ortspolizeibehörden zugegangene Rundverfügung vom 8. Juli 1932, Nr. 1253, weise ich dabei hin.

Grottkau, den 17. Januar 1935.
Der Landrat.

22.

Betrifft Brandverhütungsschau. (Nachschau).

Sämtliche Ortspolizeibehörden werden auf die genaue Durchführung der Nachschau hingewiesen. Im allgemeinen sind hiermit die an der Schau beteiligten Polizeibeamten zu beauftragen, erforderlichenfalls sind die zuständigen Bezirkschornsteinfegermeister oder Feuerwehrführer zu beteiligen. Die Brandschau ist vollkommen zwecklos, wenn die gefundenen Mängel nicht beseitigt werden. Nötigenfalls sind die erforderlichen Arbeiten mit Zwangsmaßnahmen durchzuführen. Rückständige Berichte über die Nachschau ersuche ich bis zum 20. Februar zu erstatten.

Grottkau, den 21. Januar 1935.
Der Landrat.

23.

Die Landesbauernschaft Schlesien gibt bekannt:
Betrifft: Baumwarte.

In den Jahren 1933 und 1934 hat die Landesbauernschaft eine größere Anzahl Baumwarte ausgebildet, zu einem erheblichen Teil Sachkräfte, die sich durch diese Beschäftigung (Umschulung) einen neuen Erwerb schaffen konnten.

Die Landesbauernschaft bittet, bei vorkommenden Schnitt- und Pflegearbeiten an den Obstbaumbeständen auf diese Sachkräfte zurückzugreifen. Sie können als absolut zuverlässige Sacharbeiter bestens empfohlen werden.

Durch Pflücker wird, wie wiederholt festgestellt werden konnte, immer noch stellenweise großer Schaden an den Obstbäumen angerichtet. Die Baumwarte sollen dieses Pflückertum bekämpfen. Baumwarte werden auf Wunsch durch die Landesbauernschaft kostenlos nachgewiesen. Ebenso wird auf Wunsch kostenlos eine Gebührenordnung übersandt.

Vorstehendes wird veröffentlicht mit dem Hinzufügen, daß es für die Obstbaumbesitzer wie für den gesamten deutschen Obstbau von größtem Nutzen ist, und auch im Sinne der Erzeugungsschlacht liegt, in den Obstgärten gründlich Ordnung zu schaffen, besonders auch die vielen von Privaten und Gemeinden in den letzten Jahren neugepflanzten Obstbäume sachgemäß zu behandeln.

Die Kreisobstbauberatungsstelle wird auf Verlangen in den Ortschaften des Kreises kurze Unterweisungslehrgänge abhalten.

Im beschränkten Umfange kann auch ein Baumpfleger des Kreises gegen Bezahlung zur Verfügung gestellt werden.

Grottkau, den 22. Januar 1935.
Der Landrat.

24.

Öffentliche Aufforderung zur Abgabe einer Steuererklärung für die Gewerbesteuer nach dem Gewerbeertrag für 1935.

I.

Eine Steuererklärung ist abzugeben:

1. für alle gewerbesteuerpflichtigen Unternehmen, deren Gewerbeertrag im Kalenderjahr 1934 den Betrag von 6 000,— RM. überstiegen hat;
 2. ohne Rücksicht auf die Höhe des Gewerbeertrages für alle gewerbesteuerpflichtigen Unternehmen, bei denen der Gewinn auf Grundlage des Abschlusses der Bücher zu ermitteln ist;
 3. für alle gewerbesteuerpflichtigen Unternehmen, für die vom Vorstehenden des Gewerbesteuerausschusses eine Steuererklärung besonders verlangt wird.
- Die Steuererklärung ist von dem Inhaber des Betriebes abzugeben.

II.

Die hiernach zur Abgabe der Steuererklärung Verpflichteten werden aufgefordert, die Steuererklärung

unter Benützung des für sie vorgeschriebenen Vordruckes „Muster Gew. 1 (für Einzelgewerbetreibende, freie Berufe, offene Handelsgesellschaften, Kommanditgesellschaften und Gesellschaften, bei denen der Gesellschafter als Unternehmer (Mitunternehmer) des Gewerbebetriebes anzusehen ist, z. B. für Reedereien und Gesellschaften des bürgerlichen Rechts),

Muster Gew. 2 (für juristische Personen),

Muster Gew. 4 (als Einlage zu Muster Gew. 1 oder 2 für Unternehmen mit Betriebsstätten in verschiedenen Gemeinden),

in der Zeit vom 1. bis 15. Februar 1935 bei dem Vorsitzenden des Gewerbesteuerausschusses, in dessen Bezirk sich die Leitung des Unternehmens befindet, einzureichen. Liegt der Ort der Leitung außerhalb Preußens, so ist der Wohnsitz des bestellten Vertreters, hilfsweise die preußische Betriebsstätte, maßgebend, in der die höchste Lohnsumme gezahlt ist.

Vordrucke für die Steuererklärung können vom 28. Januar ab von dem unterzeichneten Vorsitzenden des Gewerbesteuerausschusses bezogen werden. Auch werden Vordrucke vom 28. Januar ab von den Ortsbehörden abgegeben. Die Steuererklärung ist schriftlich — zweckmäßig eingeschrieben — einzureichen oder mündlich dem Vorsitzenden des zuständigen Gewerbesteuerausschusses gegenüber abzugeben.

Die Pflicht zur Abgabe der Steuererklärung ist vom Empfang eines Vordruckes zur Steuererklärung nicht abhängig.

III.

Wer die Frist zur Abgabe der ihm obliegenden Steuererklärung versäumt, kann mit Geldstrafen zur Abgabe der Steuererklärung angehalten werden; auch kann ihm ein Zuschlag bis zu 10 v. H. des festgesetzten Steuergrundbetrages auferlegt werden.

IV.

Die Hinterziehung oder der Versuch einer Hinterziehung der Gewerbesteuer nach dem Ertrage wird bestraft. Auch ein fahrlässiges Vergehen gegen die Steuergesetze (Steuergefährdung) wird bestraft.

Grottkau, den 24. Januar 1935.

Der Vorsitzende des Gewerbesteuerausschusses.

J. D.: Beier.

25. Öffentliche Aufforderung zur Abgabe

von Steuererklärungen für das Kalenderjahr 1934 und der Vermögenserklärungen nach dem Stande am 1. Januar 1935.

Die Steuererklärungen für die Einkommensteuer, Körperschaftsteuer und Umsatzsteuer des Kalenderjahres 1934 sowie die Erklärungen über den Stand des Vermögens am 1. Januar 1935 sind in der Zeit vom 1.—28. Februar 1935 unter Benützung der vorgeschriebenen Vordrucke abzugeben:

A. Für die Einkommensteuer.

I. Von den unbeschränkt Steuerpflichtigen — d. s. diejenigen natürlichen Personen, die im Inland einen Wohnsitz oder ihren gewöhnlichen Aufenthaltsort haben —, über das Einkommen im Kalenderjahr 1934,

1. wenn dieses Einkommen den Betrag von 8000 RM. übersteigen hat oder
2. wenn dieses Einkommen weniger als 8000 RM., aber mehr als 4000 RM. betragen hat und darin Einkünfte von mehr als 300 RM. enthalten sind, die weder der Lohnsteuer noch der Kapitalertragsteuer unterliegen haben, oder
3. ohne Rücksicht auf die Höhe des Einkommens, wenn es ganz oder teilweise aus Gewinn im Sinne der §§ 4, 5 EStG. bestanden hat und der Gewinn auf Grund eines Buchabchlusses ermittelt ist.

II. Von den beschränkt Steuerpflichtigen — d. s. diejenigen natürlichen Personen, die im Inland weder einen Wohnsitz noch ihren gewöhnlichen Aufenthalt haben —, über die im Kalenderjahr 1934 bezogenen inländischen Einkünfte,

1. wenn diese Einkünfte nach Abzug derjenigen, die der Lohnsteuer oder Kapitalertragsteuer unterliegen, 4000 RM. übersteigen oder
2. ohne Rücksicht auf die Höhe der inländischen Einkünfte, wenn

diese ganz oder teilweise aus Gewinn im Sinne der §§ 4, 5 EStG. bestanden haben und der Gewinn auf Grund eines Buchabchlusses ermittelt ist.

B. Für die Körperschaftsteuer.

I. Von den in § 1 KStG. genannten Körperschaften, Personenvereinigungen und Vermögensmassen, die ihre Geschäftsleitung oder ihren Wohnsitz im Inlande haben und somit unbeschränkt körperschaftsteuerpflichtig sind, über das Einkommen im Kalenderjahr 1934 ohne Rücksicht auf dessen Höhe.

II. Von den Körperschaften, Personenvereinigungen (und Vermögensmassen, die weder ihre Geschäftsleitung noch ihren Wohnsitz im Inland haben und somit nur beschränkt körperschaftsteuerpflichtig sind,

über die im Kalenderjahr 1934 bezogenen inländischen Einkünfte ohne Rücksicht auf ihre Höhe.

C. Zur einheitlichen Feststellung der Einkünfte im Kalenderjahr 1934 bei Beteiligung mehrerer Personen (§ 215 Abs. 2 der Reichsabgabenordnung) an den Einkünften aus

1. Land- und Forstwirtschaft,
2. Gewerbebetrieb,
3. selbständiger Arbeit,
4. Vermietung und Verpachtung unbeweglichen Vermögens von den zur Geschäftsführung oder Vertretung befugten Personen — ohne Rücksicht auf die Höhe der bezogenen Einkünfte.

D. Für die Umsatzsteuer.

Von allen Umsatzsteuerpflichtigen mit Ausnahme

- a) der nach § 57 UStGB. 1932 zu Anzahlungen und zur Führung des Umsatzsteuerbuchs Verpflichteten (Straßenhändler, Wander-gewerbetreibende usw.);
- b) der nicht buchführenden Landwirte, die ihre Vorauszahlungen nach den jeweils geltenden Umsatzsteuerdurchschnittssätzen geleistet haben.

Wegen der durch die Umsatzsteuerdurchschnittssätze nicht abgegoltenen Umsätze, die über den gewöhnlichen Betrieb der Landwirtschaft im engeren Sinn hinausgehen, ist eine Umsatzsteuererklärung auch dann nicht abzugeben, wenn diese landwirtschaftlichen Umsätze in der Zeit vom 1. Juli 1933 bis zum 31. Dezember 1934 und die etwaigen gewerblichen Umsätze des Landwirts in der Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 1934 zusammen 1500 RM. nicht übersteigen.

E. Für die Vermögenssteuer.

(1) Von den unbeschränkt Vermögenssteuerpflichtigen haben eine Vermögenserklärung über ihr Gesamtvermögen abzugeben:

I. Natürliche Personen,

1. die ledig sind:
wenn ihr Gesamtvermögen 10.000,— RM. übersteigt,
 2. die verheiratet oder verwitwet sind:
wenn ihr Gesamtvermögen 20.000,— RM. übersteigt.
- Hierbei ist das Vermögen der Ehefrau und der minderjährigen Kinder mit zu berücksichtigen, der Freibetrag (§ 5 EStG) außer Betracht zu lassen;

II. Nicht natürliche Personen:

1. Aktiengesellschaften, Kommanditgesellschaften auf Aktien, Gesellschaften mit beschränkter Haftung, Kolonialgesellschaften, berg-rechtliche Gesellschaften:
ohne Rücksicht auf die Höhe ihres Gesamtvermögens,
2. Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften, Versicherungsvereine auf Gegenseitigkeit, sonstige juristische Personen des privaten Rechts, nicht rechtsfähige Vereine, Anstalten, Stiftungen und andere Zweckvermögen, außerdem Kreditanstalten des öffentlichen Rechts:

wenn ihr Gesamtvermögen 10.000,— RM. übersteigt.

(2) Beschränkt Vermögenssteuerpflichtige haben eine Vermögens-erklärung über ihr Inlandsvermögen abzugeben:

ohne Rücksicht auf die Höhe des Inlandsvermögens.

(3) Offene Handelsgesellschaften, Kommanditgesellschaften und ähnliche Gesellschaften, bei denen die Gesellschafter als Unternehmer (Mit-unternehmer) anzusehen sind und die ihre Geschäftsleitung oder ihren Sitz im Inland haben, haben eine Vermögenserklärung vom Finanz-amt besonders aufgefordert worden sind, haben diese in jedem Falle abzugeben.

F.

Die zur Abgabe einer Steuer- oder Vermögenserklärung Verpflichteten haben diese auch dann abzugeben, wenn ihnen ein Vordruck hierfür nicht zugesandt wird; in diesem Falle haben sie einen solchen Vordruck von dem zuständigen Finanzamt anzufordern. Steuerpflichtige, die zur Abgabe einer Steuer- oder Vermögenserklärung vom Finanz-amt besonders aufgefordert worden sind, haben diese in jedem Falle abzugeben.

Breslau, im Januar 1935.

Der Präsident des Landesfinanzamts Schlesien.